

Bezugspreis
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 7600.—
in den Ausgabestellen 7800.—
durch Zeitungshändler 8000.—
am Postamt 8500.—
ins Ausland 10000 vol. M. in
deutscher Währung nach Kurs.

Herausgeber:

2273, 3110.

Tel.-Nr.: Tageblatt Posen.

Postcheckkonto für Polen: Nr. 200288 in Posen.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint
am allen Verlagen.

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzelle im
Anzeigenteil innerhalb
Polens ... 160.— M
Reklameteil. 480.— M

Für Aufträge | Millimeterzelle im Anzeigenteil 160.— p. M.
aus Deutschland | Reklameteil 480.— p. M.
in deutscher Währung nach Kurs.

Die Sprache der Verteidigung.

Die am 22. März im Sejm gehaltene Rede des Abgeordneten Daczko zu der Gesetzesvorlage über die Amtssprache bei den Gerichten im ehemals preußischen Teilgebiet lautet:

Hohes Haus! Das Gesetz über die Amtssprache bei den Gerichten und Notariaten in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen hat für die deutsche Minderheit eine große Bedeutung. Nach

der Einführung dieses Gesetzes werden etwa 20 Rechtsanwälte deutscher Nationalität zur Verteidigung ihrer Klienten gegenübersetzen. Infolge ihres vorgerückten Lebensalters könnten sie die polnische Sprache nicht mehr erlernen. Die Richter deutscher Nationalität aus dem ehemals preußischen Teilgebiet verliehen Polen schon im Jahre 1920.

Ein neuer Teil von Rechtsanwälten blieb in Polen. Aus der Proklamation des Obersten Volksrats in Posen vom 30. Juni 1920 durften sie die Gewissheit schöpfen, in Polen bleiben zu dürfen und ihre Praxis an den Orten auszuüben, in welchen sie während ihres langen Lebens fruchtbare Arbeit geleistet hatten. Sie befinden sich jetzt in einer sehr fraglichen Lage. Ihre Erfahrungen, selbst wenn sie Millionen betragen, reichen infolge des niedrigen Standes der Justiz zu ihrem Unterhalt nicht aus.

Ich möchte die Aufmerksamkeit des hohen Hauses darauf lenken, daß durch den Zurücktritt dieser Anwälte auch der polnische Staatschaden erleidet. In dem ehemals preußischen Gesetz noch in Kraft. Eine Abänderung in dieser Richtung kann nur durch

Einführung allgemeiner Gesetze zur Organisation des Gerichtswesens erfolgen. In Posen und Pommerellen gibt es

eine auffällige Zahl von Richtern, Notaren und Anwälten, welche genau die deutschen Gesetze kennen, was uns der Herr Justizminister auch bestätigen wird.

Die Zahl der Advoaten und Notare ist zu klein. Wie mir bekannt ist, sind bei den Kreisgerichten in Gersdorf, Landsberg, Tempelburg und Culm überhaupt keine Rechtsanwälte vorhanden und bei den Bezirksgerichten, selbst beim Appellationsgericht in Thorn ist ihre Zahl sehr klein. Welche Schwierigkeiten durch das Fehlen von Rechtsanwälten und Notaren im Gerichtswesen entstanden sind, ist uns aus dem früheren Sejm durch die lex Grat-Czelk bekannt geworden. Durch die weitere Entfernung von Advoaten, welche früheren deutschen Gesetze genau kennen, werden die Schwierigkeiten noch größer werden.

Den größten Schaden jedoch erleidet durch die Einführung dieses Sprachengegesetzes die deutsche Bevölkerung. Die Amtssprache vor Gericht war auch jetzt schon in der Hauptstadt die polnische. Wenn auch die Gerichtsverhandlungen für die deutsche Minderheit sich in deutscher Sprache vollzogen, so wurden die Auskündigungen der Urteile und Begründungen nur in polnischer Sprache gemacht. Der deutschen Bevölkerung stand das Recht zu, sich einen Verteidiger anzunehmen, der sie in deutscher Sprache noch den Grundzügen der uns im Friedensvertrag zugesicherten Erleichterungen vor Gericht vertrat. Mit Genugtuung haben wir festgestellt, daß der eingebrochene Gesetzentwurf in Art. 8–6 uns Erleichterungen gewährt. Meine Herren! Bewilligen Sie uns auch weitere Erleichterungen vor Gericht. Geben Sie den deutschen Parteien das Recht, sich in der Übergangszeit der Muttersprache zu bedienen, ebenso ihnen die Verteidigung durch Rechtsanwälte in dieser Sprache zu lassen. Schön gegenwärtig kommen Fälle vor, daß sich deutsche Parteien infolge Mangels von Rechtsanwälten nicht verteidigen lassen können, weil sie keine Verteidiger finden. Rechtsanwälte polnischer Nationalität lehnen zum Teil die Verteidigung deutscher Parteien aus politischen Gründen ab. Falls sie die Vertretung deutscher Parteien vor Gericht annehmen, so verlangen sie einen so hohen Vorschuss, den niemand bezahlen kann. Es sind uns in einem Falle 120 Millionen genannt. Wir können natürlich die Verteidigung in deutscher Sprache nicht fordern, falls der Richter die deutsche Sprache nicht beherrscht. Ebenso wird es schwierig sein, die Verhandlungen deutsch zu führen, wenn die Gegenpartei die deutsche Sprache auch nicht kennt.

Mit Rücksicht auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir zu dem Art. 1 folgenden Zusatz:

„Im Einverständnis mit dem Gericht — in Zivilsachen auch im Einverständnis mit der Gegenpartei und in Strafsachen im Einverständnis mit dem Staatsanwalt — können die Rechtsanwälte in den mündlichen Verhandlungen sich der deutschen Sprache bedienen.“

Der Verbesserungsantrag wurde abgelehnt.

Nene Angriffe auf den Abgeordneten Klinke

Der Sejmabgeordnete Domherr Klinke nahm am Sonnabend, den 17. und am Sonntag, den 18. März, zusammen mit dem Abg. Somschor an Beratungen mit galizischen Deutschen in Lemberg teil. Da in den gleichen Tagen in Lemberg Beratungen der Ukrainer stattfanden, wurde von polnischer Seite gegen den Abg. Klinke der „Vorwurf“ erhoben, er hätte an diesen Beratungen teilgenommen, und diese Behauptung wird trotz des Widerspruches des Angegriffenen aufrecht erhalten. Der „Dziennik Poznański“ schreibt in seiner Sonntagsnummer (Nr. 69):

„Es ist allgemein bekannt, daß es in Lemberg nicht so viele Deutsche gibt, daß die deutschen Abgeordneten es für nötig halten könnten, mit ihnen besondere Beratungen abzuhalten, und zwar zu derselben Zeit, für die der Abg. Luckiewicz die ukrainischen Führer zu einer Besprechung nach Lemberg berief. Außerdem sind die wenigen Deutschen Lemberts fast ausschließlich evangelischen Bekennissen, — daher wäre die Teilnahme des katholischen Priesters Klinke an solchen Beratungen auch überaus bezeichnend.“

Überaus bezeichnend ist nicht die Teilnahme des katholischen Priesters Klinke an „solchen“ Beratungen, sondern die Tatsache, daß die Frage der Konfession überhaupt aufgeworfen wird, wenn ein deutscher Sejmabgeordneter mit polnischen Staatsbürgern deutscher Nationalität Beratungen abhält. Wird durch die Teilnahme des Sejmabg. und Domherrn Klinke an „solchen“ Beratungen sein Katholizismus und das Ansehen des geistlichen Standes, dem er angehört, irgendwie verletzt? Und wie viele Deutschen müßten vorhanden sein, damit die deutschen Abgeordneten — nach Ansicht des „Dziennik

Poznański“ — es für nötig halten könnten, mit ihnen besondere Beratungen abzuhalten, — besonders in einer politisch so bewegten Zeit, die alle Fraktionen und Gruppen zu besonderen Beratungen zwingt (darunter auch die Ukrainer, den Nationalen Volksverband, die Piasten, die Wyżwoleniegruppe usw.)?

Der „Dziennik Poznański“ tätigt besser, den deutschen Sejmabgeordneten selbst die Entscheidung darüber zu überlassen, wo und mit wem sie beraten wollen, und nicht mit solchen ganz und gar unsachlichen Argumenten die Stimmung zu verspielen.

Kommt eine Amnestie?

Der Ministerpräsident General Sikorski richtete an den Sejmarschall ein Schreiben, in welchem er aus Anlaß der Festsetzung der Ostgrenzen Polens eine Gesetzesvorlage für eine Amnestie zur Annahme empfiehlt. Nach dem Projekt soll Strafentlassung für politische oder religiöse Vergehen erfolgen, ausgenommen Vergehen durch vorsätzliche Tötung, schwere Körperverletzung oder boshafte Schädigung fremden Eigentums, ebenso Vergehen, die den Sturz der Staatslichkeit, die Herborrufung eines politischen Umsturzes, Spionage usw. bezeichneten. Über Einzelfälle, die im Auslande befindliche Personen betreffen, behält sich der Ministerrat die Entscheidung vor.

Die Lage in Deutschland.

Die Kosten der Rheinlandbesetzung.

Bei Beginn der Reichstagsitzung am Sonnabend vormittag erläuterte der Reichsfinanzminister Dr. Albert die dem Hause vorgelegte Denkschrift über die Kosten der Rheinlandbesetzung. Er sagte:

„Die Besatzungskosten haben Ende 1922 rund

4,5 Milliarden Goldmark

betrugen, ungeteilt der Kosten für die Besetzung des sogenannten Sanktionsgebietes und für die alliierten Kontrollkommissionen. Diese Summe ist wichtig nicht nur im Zusammenhang mit unseren Reparationspflichten, indem man sich vergegenwärtigt, wie viel produktiver diese enormen Beträge auch zugunsten unserer Gläubiger hätten verwendet werden können. Damit hätte der Wiederaufbau Frankreichs in weitem Umfang finanziert werden können. In den letzten vier Jahren vor dem Kriege zusammen betrugen die Ausgaben des Reiches für seine gesamte Wehrmacht, für Heer und Flotte 3,75 Milliarden Mark. Um rund 3/4 Milliarden Goldmark übersteigt also die Summe für die Besetzung diese Ausgaben des Deutschen Reiches.

Die Ursache dieser gewaltigen Ausgaben wird klar, wenn man sich die

Besatzungskosten

vergegenwärtigt. Nach dem Wortlaut und Sinn des Friedensvertrages und des Rheinlandabkommen war die Belegungskosten der ehemaligen deutschen Garnisonen des Rheinlandes als Höchstmaß für die Besetzung ins Auge gefaßt worden. An Stelle der ehemaligen deutschen Belegung mit 70 000 Köpfen in 28 Orten waren im September 1921 in den Rheinlanden 220 Orte mit 145 000 Mann besetzt. Das ist nicht nur das Doppelte der deutschen Friedensbesetzung, sondern geht auch noch über die Zahl hinaus, die die alliierten Missionen selbst im Herbst 1921 durch ein besonderes Finanzabkommen festgelegt haben. In diesem Abkommen, das der deutschen Regierung amtlich notifiziert worden ist, ist die Zahl der einzelnen Besatzungsmannschaften für die französische Armee auf 19 000, für die belgische auf 19 000 Mann festgesetzt worden. Und doch sind auch diese Zahlen wieder von der französischen Armee um rund 12 000, von der belgischen Armee um rund 10 000 überschritten worden, — immer wieder abgesehen von den Truppen, die in das sogenannte „Sanktionsgebiet“ gesandt wurden.

Dieser starken Belegung entspricht der Umfang der französischen Besatzung Deutschlands. Es werden Einrichtungen verlangt, die weder im Rheinlandabkommen noch in dem Vertrag von Versailles vorgesehen sind. Außer den 22 deutschen Schießgeländen und Exerzierplätzen sind 54 neue Anlagen dieser Art von Deutschland erzwungen worden. Außer den bereits vorhandenen sieben Flughäfen sind weitere neunzehn Flughäfen auf Kosten Deutschlands hergerichtet worden. Nur streifen will ich die von den Franzosen geforderten Einrichtungen von Bordellen, die teilweise in den kleinsten Landstädtchen gelegen worden sind. Seit Beginn der Besetzung sind von den Besatzungsmannschaften in 61 Orten des abseits liegenden Gebietes 250 Fabrikationsanlagen beschlagnahmt worden.

Ein Wort muß ich hinzufügen über die Einquartierungslasten. Genauso unerträglich jedoch werden diese Lasten durch die Auslegung, die von französischer und belgischer Seite den Einquartierungsbestimmungen gegeben wird. Während nach Art. 8 des Rheinlandabkommen die zur Zeit der Unterzeichnung des Abschlusses bei jeder einzelnen Armee in Kraft befindlichen Einquartierungsbestimmungen maßgebend sein sollen, hat die französische Armee für sich das Recht in Anspruch genommen, diese Bestimmungen jederzeit und nach Belieben zu ändern. Als Gesamtbild ergibt sich, daß Ende 1922 außer den vorhandenen Kasernen und außer den neu errichteten Kasernen insgesamt 15 000 Wohnungen mit 37 000 Büromännern, außerdem noch weitere 10 000 Männer beschlagnahmt waren.

Endlich ist zu erwähnen der Ausbau der französischen und belgischen Abteilung der Rheinlandkommission und des Delegiertenausschusses in der französischen Zone. Statt der vertraglich vorgesehenen vier Mitglieder der Rheinlandkommission bewegte sich bereits im September 1922 die Zahl der Beamten der französischen Abteilung der Rheinlandkommission zwischen 65 und 70, die der belgischen Abteilung betrug rund 20. Beimet man hierzu die übrigen Beamten und insbesondere das französische Personal, mit dem die ganzen Rheinlande zu offenbar politischen Zwecken wie mit einem Netz systematisch überzogen sind, so ergibt sich ein Gesamtpersonal, das sich bereits im September 1920 auf rund 1300 Köpfe belief. Die Kosten der Unterbringung dieser Beamten lassen sich nur schätzen, denn die Kommission hat es bisher abgelehnt, Angaben über ihre Verwendung zu machen. Immerhin steht fest, daß im Jahre 1922 für die französische Abteilung 1,9 Milliarden gezahlt worden sind.

Wir dürfen hoffen, daß die Welt einzusehen beginnt, wie wenig der Einbruch mit den angeblichen Verlusten Deutschlands zu tun hat und wie wenig er mit dem Friedensvertrag in Einklang zu bringen ist. Aus der Denkschrift geht hervor, daß die Besetzung der Rheinlande eine einzige ununterbrochene Kette von Vertragsverletzungen bedeutet. Ein ehemals blühendes Land ist aus seinen wirtschaftlichen Zusammenhängen herausgerissen und zu einem Heerlager größten Stils gemacht worden auf Kosten einer anderen Nation, der man dadurch gleichzeitig die Mittel für finanzielle Leistungen nimmt.“

Die Ernährungslage in Deutschland.

Die Beratung über den Haushaltspolitik des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft gab am Freitag dem

Reichsernährungsminister Dr. Luther

Anlaß zu folgender Ansprache:

„In der Ernährungsfrage sind wir in einen Zustand hineingeraten, der einer chronischen Krankheit ähnelt! Die Ernährungsgrundlage ist nicht mehr so, wie sie sein müßte, um unser ganzes Volk zu ernähren. Auf dem Lande hat sich der Konsum an Fett und Milch kaum wesentlich geändert, desto mehr in den Städten. Das Fehlen der Kaufkraft hindert weit Volkskreise, die wenigstens im Ausland vorhandenen Lebensmittel zu erfassen. Die Brotdistribution ist jedoch bis tief in den Sommer hineingesichert. Im großen und ganzen ist auch die Ernährung im Einbruch gesiegt. (Beifall.) Eine willkommene Hilfe war dabei die Spende der deutschen Landwirtschaft, die aus ehrlichem und bürgerlichem Herzen gegeben wurde. (Auf links: Durch Bücher wieder eingebrochen! Pfiffus rechts.) Ferner die Mittel der allgemeinen Volkspende und die Hilfe des Roten Kreuzes besonders in der Milchfrage. (Beifall.) Das Grundübel unserer Krankheit ist der Friede von Versailles, der kein Friede war. Ein Altheimittel gegen diese Not kenne auch ich nicht. (Vörm links und Reiterseite.) Ob Ernährungswirtschaft oder freie Wirtschaft, kommt auf den praktischen Fall an. (Vörm links, Zwischenrufe besonders des Abg. Ledebour, welcher wiederholt ruft: Lauter Redensarten! Zuruf rechts, Cloke des Präsidenten.) Die Einfuhr aus dem Auslande ist eine reine Valutfrage. Die Buderpreise würden sich gern herabsetzen. Aber der Auslandszuckerpreis ist bei nahe doppelt so hoch. Wir müssen an die Zukunft denken und an eine hinlängliche, inländische Zuckerernte. Sollte die Buderanbaufläche so zurückgehen, daß wir die Bevölkerung nicht mehr mit Buder genügend versorgen könnten, dann müßten wir zur Ernährungswirtschaft zurückkehren. Grundsätzlich ist die Regierung für die freie Buderwirtschaft.“

Die Getreidewirtschaft betrachtet die Regierung als das Wichtigste. Der sozialdemokratische Antrag auf Aufstockung von Umlage getreide gegen Stückstoff will das Getreide verbilligen. Das wollen wir auch. Bei der Stabilisierung der Mark sind aber die Stückstoffpreise gestiegen und dürfen sich bald nicht wieder senken. Die Tonne Roggen, gekauft auf dem Umweg über Stückstoff, wäre dann teurer, als direkt gekauft. Ferner müßten wir noch Chilesalpeter mehr einführen. Der Stückstoff muß auch den Landwirten zugeführt werden, die ihn am besten verwenden, und darf nicht wahllos verteilt werden. Auf solche unsichere Grundlage die Brotdistribution des nächsten Jahres zu stellen, ist unmöglich. Die Stabilisierung der Mark ist heute eine Tatsache. Der Umlage getreidegedanke ist verbraucht. Mit Aussicht auf Erfolg kann er nicht wiederholt werden. Seine innere Ungerechtigkeit wird sich bei schlechten Ernten usw. aus.“

Aus dem Besetzungsgebiet.

Französische Raubzüge in die englische Besetzungszone. Die Franzosen unternehmen seit einigen Tagen Streifzüge in das britisch besetzte Gebiet. Von Kronenberg drangen sie in Stärke von etwa 1500–1800 Mann bis nach Süden, einem Vorort von Solingen, vor und beschlagnahmten dort in einem Fabriklokal ein Auto mit Brillen und einem weiteren mit Gütern. Sie nahmen dann beide mit nach Böhmen. Durch Vermittlung der Engländer gelang es, das Britenauto wieder frei zu bekommen, während über das Schiff des anderen Kraftwagens noch nähere Nachrichten eingingen. In ähnlicher Weise gingen französische Soldaten ohne Begleitung von Offizieren über Kreuze bis auf Solinger Gebiet vor und bemächtigten sich in einem Schuppen eines Autohändlers eines Kraftwagens und eines Motorrades. Auch hier gelang es durch die Ernährungsfrage der britischen Behörden den Personenwagen frei zu bekommen. Mit diesen Übergriffen von französischen Soldaten und durch die dabei geschaffene Unruhe des Privatpersonals ist die Stimmung des Bezirkes außerordentlich gereizt.

Die Entmilitarisierung des Rheinlandes.

Die Gruppe Lloyd Georges wird, wie die Wiener „Neue Freie Presse“ meldet, dem Unterkomitee einen Plan vorlegen, der die Entmilitarisierung des Rheinlandes vorsieht. Lloyd George wird eine Rede über die Ruhrbesetzung halten und im Parlament den Plan Cœurs besprechen. Dieser Plan schlägt die Entmilitarisierung des Rheinlandes und die Besetzung dieses Gebietes durch Gendarmerie vor, die einer Völkerbundkommission unterstellt werden soll.

Unmittelbare Verhandlungen.

Der Berliner Korrespondent der „Daily Chronicle“ schreibt, er könne versichern, daß die Mission Lord d'Albion in Berlin darin besteht, den englischen Ministerpräsidenten über die Bedingungen zu unterrichten, unter welchen die deutsche Regierung bereit wäre, unmittelbare Verhandlungen mit Frankreich und Belgien über die Reparationsfrage und den Ruhrkonflikt anzutreten. Der Korrespondent fügt hinzu, daß die deutsche Regierung, ohne besondere Vorschläge zu machen, eine Aussprache auf der Grundlage des Plans anzunehmen wünsche, den sie der Pariser Konferenz zu unterbreiten beabsichtige.“

Polnisches.

Die letzte Sitzung

vor Ostern hat am Sonnabend, dem 24. März stattgefunden. Die nächste Sitzung ist auf den 12. April angesetzt.

Der Senat

hat am Sonnabend, dem 24. März seine vorletzte Sitzung vor dem Feste abgehalten. Die letzte Sitzung findet am Dienstag, dem 27. März statt. Nach dem Fest tritt der Senat am 16. April zum ersten Mal zusammen.

Verhaftung eines Kommunisten.

In Warschau wurde der Kommunist Henryk Kufowski für Verbreitung kommunistischer Aufrufe verhaftet.

Die Progression in der Grund- und Bodensteuer.

Der Unterausschuss des Sejmfinanzausschusses hat mit den Stimmen der Poles, der Wyzwoleniegruppe und der Juden den Grundsatz der Progression in der Grund- und Bodensteuer angenommen.

„Ist das wahr?“

fragt der „Kurier von“ (Depeche Varsovie), indem er folgende eigene Berliner Meldung veröffentlicht: „Nach Berichten, die aus Rom kommen, hat Minister Strzaski einen Vertrag unterschrieben, durch den die größten und besten Kohlengruben in Oberschlesien mit einer Jahresförderung von einer Million Tonnen Kohlen einem internationalen Syndikat übergeben werden.“

Herabsetzung der Kohlensteuer.

Bon unterrichteter Seite erfährt das Wolfsche Bureau, daß die Kohlensteuer ab 1. April d. J. wahrscheinlich um ein Viertel herabgesetzt werden wird, und daß außerdem Aussicht besteht, bei den Kohlensyndikaten des unbesetzten Deutschland auch den eigentlichen Kohlenpreis etwas zu senken. Der Reichskohlenverband hat seine Mitglieder zur Belebung hierüber auf Dienstag, 27. d. Ms., eingeladen.

Um die Verbilligung des Brotgetreides.

Die Regierung beabsichtigt monatlich ungefähr 100 Wagons Mehl an Lebensmittelgenossenschaften abzugeben, um auf diese Weise zur Verbilligung der Brotpreise beizutragen.

Eine neue Sejmfraktion.

Der Abg. Hippolyt Słomiński hat den Antrag gestellt auf Bestätigung eines neuen Sejmklubs, der die Bezeichnung führen soll „Linke (Stapinsgruppe) der polnischen Volkspartei“: Polskie stronnictwo ludowe - lewica (Stapinszczyzna). Der neuen Fraktion gehören vorläufig außer dem Antragsteller zwei Bauern an (Wiewiórski und Krempa).

Die neue Agrarreform.

Demnächst soll dem Ministerrat ein Entwurf für ein neues Agrarreformgesetz zugehen. Aufgeteilt werden vor allem Staatsgüter. Domänen und Krongüter der früheren Teilgebiete mache. Dem zwangswise Auslauf werden schlecht bewirtschaftete Güter von mehr als 45 Hektar anheimfallen. Güter von mehr als 30 Hektar, die an der Peripherie der Städte liegen, sowie Ausbau der Städte, und Güter von mehr 60 Hektar in Industriegebieten. Sonst können in ganz Polen Besitzungen von mehr als 180 Hektar, in Ostgalizien, im ehemals preußischen Teilgebiet, in den Ostmarken und im Wilnaer Gebiet solche von mehr als 400 Hektar enteignet werden. Die Frage der Güter der Toten handelt sich mit Rücksicht auf die stattfindenden Verhandlungen über das Konkordat noch nicht endgültig entschieden worden.

Eine Interpellation über das Gerichtsverfahren gegen katholische Geistliche in Russland.

Der Nationale Volksverband hat beim Ministerpräsidenten und dem Außenminister eine Interpellation in Sachen des Tievalaprozesses in Moskau eingereicht. Da den 15 angeklagten katholischen Geistlichen die Todesstrafe droht, wird die Regierung gefragt, was sie zur Entfernung der Angeklagten getan hat.

Um das Nationalmuseum in Rapperswyl.

Kürzlich hatte die Abg. Sokolnicka die Regierung in Sachen des Museums in Rapperswyl interpelliert. Sie hat von der Regierung die Zustellung erhalten, daß das Museum in Rapperswyl unter dem Schutz des polnischen Konsuls in Bern steht. Die Museumsverwaltung behält im Laufe dieser Zusammenstellung.

Eine japanische Spende für polnische Kinder.

Die polnische Gesellschaft in Tokio hat zu Händen des Außenministers 5456 Yen 98 Sen gesandt. In dieser Summe befinden sich Spenden der japanischen Kaiserin und des japanischen Roten Kreuzes. Die Spenden sind für die polnischen Kinder bestimmt, die im vorigen Jahre nach Polen transportiert worden sind.

Goldanleihe und Zloty-Schakscheine.

Am 1. April läuft der mehrtägige Termin für die Schließung der Rechnungen für die 8%ige Goldanleihe ab. Die

Amerikanisches Copyright 1921 bei Carl Dunder, Berlin.

Der heilige Berg.

Roman von Wilhelm Hagen.

66. Fortsetzung.

(Nachdruck untersagt.)

Wieder herrschte einige Minuten bellomenes Schweigen; dann fragte Völker: „Kann ich Dir sonst noch irgend einen Gefallen tun?“

„Ja, einen großen sogar!“ nickte Fernleitner. „Ich wollte Dich bitten, ob Du mir noch in Deiner Hütte Gastfreundschaft gewähren willst?“

„Du willst den Winter über hier bleiben?“ forschte Völker mit aufsteigender Freude.

Fernleitner bejahte. „Ich hoffe auf das Wunder der Befreiung, das der Berg an sich selbst vollbringen wird. Und dieses Wunder muß ich miterleben!“

„Du bist uns natürlich von Herzen willkommen!“ versicherte Völker den Freund.

Fernleitner drückte ihm die Hand. „Ich danke Dir! Denn weißt Du, in meiner Hütte drinnen könnte ich nicht bleiben. Der Ort, an dem mich tausend Erinnerungen an Ruth unablässig quälen und foltern würden, ist mir verleidet für immer.“

Völker erwiderte den Druck von Fernleitners Hand, die noch immer in der seinen ruhte. „Selbstverständlich!“ stimmte er zu. „Komm nur gleich mit herein, damit ich Dir ein Lager bereite für heute nacht.“

Aber Fernleitner wehrte ab. „Lege Du Dich ruhig schlafen! bat er Völker. Aber mich läßt Du für diese Nacht hier draußen, denn ich könnte ja doch nicht schlafen, und es ist mir lieber, ich habe den freien Himmel über mir, als eine niedrige Zimmerdecke.“

Völker fügte sich seinen Wünschen und verschwand in der Hütte, um, wenn möglich, noch ein paar Stunden Schlaf zu gewinnen.

Goldanleihe wird in den ersten Apriltagen durch die 6%igen Zloty-Schakscheine erlegt werden, deren Muster bereits dem Finanzministerium zur Bestätigung vorgelegt worden ist.

Bon den Eisenbahntarifen.

Der „Przeglad Wieczorni“ meldet, daß das Eisenbahnaministerium beschlossen hat, den Personentarif wenigstens bis zum 1. Mai unverändert zu lassen, den Gütertarif aber vom 15. April ab zu erhöhen.

Das Krankenhauswesen in Polen.

Ende voriger Woche sprach beim Finanzminister eine Delegation vor, die sich aus dem Senator Dr. Godlewski, dem Abg. Dr. Dąbrowski, dem Abg. Dr. Falakowski und dem Vorsitzenden des Ausschusses für Sanitätsfragen, Dr. Weinzierer, zusammensetzte. Die Delegation schilderte dem Minister die heiklagen-werte Sanitätslage des Staates, besonders auf dem Gebiete des Spitalwesens. Sie bat, vor allem den Selbstverwaltungskrankenhäusern sofortige Hilfe zu bringen. Außerdem wandten sich die Delegierten an den Finanzminister mit dem Vorschlag, eine Sanitätssteuer zu erheben. Der Minister erklärte, daß er im Einvernehmen mit dem Gesundheitsminister den Auftrag erteilen werde, das betreffende Material vorzubereiten. Was die Nothilfe betrifft, so versprach der Minister, diese Frage wohlwollend zu prüfen und im Bedarfsfalle weiter Kredite für Spitalzwecke zu gewähren.

Verbot der „Danziger Zeit.“ in Warschau.

Wie aus Warschau gemeldet wird, wurde der „Danz. Zeit.“ das Postdebit entzogen. Den Anlaß soll ein Aufsatz bilden, der sich mit der polnischen Armee beschäftigte.

Aus der polnischen Presse.

Die französisch-russische Annäherung.

Der „Kurier Warszawski“ schreibt zu der Frage der französisch-russischen Annäherung:

„Das Dilemma „Polen oder Russland?“ kann in verständigen politischen Kreisen in Paris nicht existieren. Im Gegenteil, gerade von dort mühten und müssen Versuche gemacht werden, das natürliche Streben nach einem friedlichen nachbarlichen Zusammenleben zwischen Polen und Russland zu erleichtern und zu festigen. — Die These von dem angeblichen polnisch-russischen Antagonismus, der noch durch den Rigaer Vertrag bestätigt sein soll, ist heute vorwiegend ein taktisches Mittel für viele russische Emigrantenzirkel, die alle Wege für eine moralische Bekämpfung der Sowjets auszuwählen. Die Vermittelung Frankreichs und der kleinen Entente dürfte allmählich keine geringe Rolle spielen. Sie wird jetzt durch die Tatsache der rechtlichen Anerkennung unserer Ostgrenze erleichtert. Selbstverständlich wird hier niemand ausschließlich um der schönen Augen Polens willen arbeiten. Alle diese Verbündeten sind durch viele gemeinsame Bande verbunden, haben dasselbe Hauptziel vor Augen und wünschen alle in gleichem Maße sowohl eigene Sicherheit als auch die Sicherheit des ganzen Nachkriegswerkes. Russland wird lange Jahre hindurch die wirtschaftliche Unterstützung fremder brauchen, Ruhe an den Grenzen und Freiheit in seinen Ostexpansionen. Alles dies läßt sich mit den Lebensbedingungen und den Aufgaben Polens trefflich in Einklang bringen.“

Der einseitige Ruhrkrieg.

Eine Ruhrinterpellation in Holland.

In der holländischen Zweiten Kammer stand am Donnerstag der vorigen Woche die sozialdemokratische Ruhrinterpellation auf der Tagesordnung. Der Sprecher der sozialistischen Arbeiterpartei, Bräutigam, sagte, er wolle nicht die rechtliche Grundlage der Ruhrbesetzung erörtern; ihre Folgen seien aber sehr ernst für Holland.

Der Minister des Außenwesens van Karnebeek gab in Beantwortung der Interpellation eine Erklärung ab, in der er sagte, man dürfe nicht übersehen, daß der Rückzug, der sich in Holland bemerkbar mache, nicht nur auf das im Ruhrgebiet eingeführte Regime, sondern auch auf die Tatsache der Befreiung selbst zurückzuführen sei. Die niederländische Regierung habe sich an die in Frage kommenden Regierungen gewandt und eine günstige Antwort erhalten. Sie habe dann jeweils in Paris bzw. Koblenz die vorliegenden Schwierigkeiten mitgeteilt und darüber verhandeln lassen; daß alles sei nicht ganz fruchtlos geblieben. Seines Erachtens handle Holland richtig, wenn es vorläufig für seine eigenen Interessen sorge. Er sei vorläufig nicht in der Lage, den Gedanken eines gemeinsamen Auftretens zu erwägen.

Dresselhuys (Liberal) sagte, trotz aller Zusagen der französischen Regierung würden die tatsächlichen Rechtsverletzungen fortgehen. Daher müsse die Regierung Genugtuung, das heißt Schadenersatz verlangen.

Collen (antirevolutionäre Partei) erklärte, er vermisste in der Antwort des Ministers noch zu sehr den Ausdruck der Enttäuschung über die fortdauernde Rechtsverletzung auf dem Rhein. Die Regierung müßte standig gegen diese Rechtsverletzung Einspruch erheben, deren Opfer Holland sei.

Ein französischer Geheimbericht von der Ruhr.

Die „Humanité“ veröffentlicht den Geheimbericht eines Deputierten des nationalen Blods an Pointcaré über seine Reise an die Ruhr. In diesem Dokument wird das vollkommen Fiasko der Expedition klar und deutlich nachgewiesen. Der Deputierte, dessen Name vorläufig nicht genannt wird, erklärt, daß die Verhältnisse für Frankreich immer schlechter werden und daß ein Erfolg nur noch dann zu erreichen sei, wenn die Beschaffungsstruppen stark vermehrt und ein Gouverneur für das Ruhrgebiet ernannt werde. Für diesen Gouverneur wird weiter General Degoutte noch Mangin, sondern Loucheur vorgeschlagen. Die „Humanité“ verspricht neue und noch mehr vorbereigte Entwicklungen. Der Bericht des Deputierten, den die „Humanité“ veröffentlicht, ist so lang, daß er leider nicht vollständig telegraphiert werden kann. Seine Meldungen über „Partei Degoutte“ und die „Partei Mangin“ interessieren nicht, aber die Notwendigkeit, die Truppenbestände zu vermehren, ist in den Zeitungen, die für Verbreitung eingetreten sind, schon ausführlich behandelt worden. Der Deputierte beschwört den Ministerpräsidenten, sich durch keine Bedenken von diesen Maßnahmen abhalten zu lassen, da sonst das ganze Unternehmen in Frage gestellt sei. Er untersucht, welche Aussicht für die Zukunft sich ergäbe, wenn die „ungeheure Schwierigkeit“ der Stunde überwunden sind. Die öffentliche Meinung könne nicht mehr lange durch ein paar ermutigende

Zeitungsnachrichten beruhigt werden. „Wir haben uns die Schwierigkeiten so groß nicht vorgestellt, wir haben uns getäuscht, aber nun müssen wir sehen, wie wir jetzt aus der Sache wieder herauskommen.“ Die Zeit marschiert mit uns. Die große Informationspresse stellt die Gefahr dar, geringer dar, als sie in Wahrheit ist. Alle neuen Zeitungsmeldungen zeigen, daß wir uns einem mächtig organisierten Widerstand gegenüber befinden, der noch sehr lange vorhalten kann. Als Retter aus der Not wird dann Loucheur vorgeschlagen.

Entsendung eines päpstlichen Delegierten nach dem Ruhrgebiet.

Habas berichtet aus Rom, gewisse Blätter hätten gemeldet, daß die Vertreter Englands, Belgien und Frankreichs beim Papst einen Schritt unternommen hätten, um den Heiligen Stuhl um seine Intervention in der Ruhrfrage zu ersuchen. Man brauche kaum zu sagen, daß dieser angebliche Schritt niemals erfolgt sei. Man verfahre aber, daß der Heilige Stuhl daran denkt, einen Delegierten in vorübergehender Mission nach dem Ruhrgebiet zu entsenden. Dabei lasse sich der Heilige Stuhl von Erwägungen der Menschlichkeit und von dem Wunsch leiten, sich Informationen zu verschaffen.

Entsendung eines schwedischen Bevollmächtigten ins Ruhrgebiet.

Das schwedische Ministerium des Äußeren teilt mit, daß demnächst ein schwedischer Bevollmächtigter nach dem besetzten Ruhrgebiet entsandt werden soll, der mit der Wahrnehmung der schwedischen Geschäftsinteressen beauftragt wird.

Ein französischer Posten ersieht einen Vater von sechs Kindern.

Aus Duisburg wird gemeldet: Hier wurde der Kesselheimer Hermann Drotte, Vater von sechs Kindern im Alter von anderthalb bis vierzehn Jahren, von einem französischen Posten erschossen. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Die Folgen der Befreiung der Polizei.

Die Düsseldorfer Zeitungen dringen eine Liste von nicht weniger als 26 Einbrüchen, die wieder nur geschehen konnten, da die Polizei nicht mehr vorhanden ist. In vergangener Woche veröffentlichten sie allein eine Liste über 40 Einbrüche.

Kriegsgerichtliche Verurteilung eines Holländers.

Vor dem französischen Kriegsgericht in Hattingen hatte sich der holländische Staatsangehörige Urmacher Dirk Bloem, zu verantworten, weil er sich unter Hinweis auf den Boykottbeleidigung der deutschen Vereinigung, der er angehört, geweigert hat, an französischen Waren zu verkaufen. Der Verteidiger beantragte zunächst Verzägung der Verhandlung, da die holländische Gesandtschaft in Berlin von dem Vorfall unterrichtet sei und dieser wahrscheinlich auf diplomatischem Wege aus der Welt geschafft werden. Das Gericht lehnte den Verzägungsantrag ab und schloß sich auch den weiteren Ausführungen des Verteidigers nicht an. Der ausführte, daß die französischen Verordnungen, deren Rechtswirksamkeit die Franzosen aus dem bekannten § 18 des Verfaßter Vertrages heruleiten

„Sieh Dir dieses Sonnenland an,“ sprach Fernleitner zu Völker, als dieser wieder aus der Hütte trat, und sage mir, wie lange der wilde Jäger noch die Schmach erdulden muß, die ihm geldgierige Menschen auf den Rücken brannen?“

„Ich glaube, der Tag für die Befreiung kommt bald!“ tröstete ihn Völker. „Es ist schon seit einiger Zeit eine geheimnisvolle Bewegung in dem Berge, ein seltsames Flüstern und Räuspern, und Veränderungen machen sich bemerkbar, die freilich nur das gute Auge sieht, die aber dafür eine um so bedrohlichere Sprache sprechen!“

Frau Emma trat aus der Hütte, eine dampfende Kanne würzigen Morgenkaffees in den Händen, und fand ein paar Worte herzlicher Begrüßung für Fernleitner, den sie als künftigen Hausherrn willkommen hieß.

Während der Morgen seine täglichen Wunder über die Wälder, Hänge und Matten bildete, sahen die drei Menschen schweigend vor der Hütte und genossen beinahe anständig seine Schönheit.

Eine Weile später kam, abgehebelt und leuchtend Wildenbrunner über das Geröllfeld auf die Hütte zu und brachte Ruths verzweiflungsvollen Brief.

Die Begrüßung war kühl und frostig; denn Fernleitner und Völker konnten es dem einstigen Freunde nie verzeihen, daß er sich in Vogelreuthers Dienste begeben hatte.

Mit knappen Worten fragte der Dichter nach seinem Begehr.

Wildenbrunner überreichte ihm den Brief und sagte dazu nichts als die Worte: „Bon Ruth! Und sie läßt Dich bitter es sofort zu lesen!“

Schweigend erbrach Fernleitner das Schreiben, las es und barg es in seiner Brusttasche. Dann bat er Frau Emma um Briefpapier schrieb hastig seine Antwort, verschloß den Brief und übergab ihn Wildenbrunner. Dieser nahm rasch noch den Umschlag, den ihm Frau Emma inzwischen gastfreudlich bereitet hatte, und trat dann sofort den Rückweg an.

Fortsetzung folgt.

versuchten, auf Angehörige neutraler Staaten nicht anwendbar seien. Das Urteil lautete auf 100000 M. Geldstrafe.

Wie die deutsche Kohle weggeschafft wird.

Aus Münster wird der „D. A. Big.“ gemeldet: Um die auf der Seite „General Blumenthal“ Schacht III und IV lagernden Vorräte an Kohlen und Koks abzufahren, treffen die französischen Vorläufe am Lagerplatz der französischen Einbruchstruppe drangen unter Bedeitung einer Truppe bewaffneter Soldaten in den Lagerplatz der Diekbaumeine Wilmershausen. Die Tore und Magazine wurden ohne weiteres gewaltsam erbrochen. Als der Besitzer und der Geschäftsführer, die von in der Nähe wohnenden Leuten von dem Vorgehen der Belästigungstruppen benachrichtigt worden waren, zu dem Lagerplatz gehen wollten, wurde ihnen der Zutritt mit dem Bemerkung verboren, ihr Lager sei beschlagnahmt. Auf dem Lagerplatz befannten sich 3 Lokomotiven, eine komplette Dampftramme, 3 Lokomobile, 38 Pferdewagen etwa 4000 Meter Gleise, 5 Walzen 40 Holzlaufenkipper, 30 Kanaldeichen, 3 komplette Laubuden, außerdem ein großer Posten Baumaterial, Ziegel und sonstiger Bauteile. Der Lagerplatz der Firma Wilmershausen ist noch heute besetzt und abgesperrt. Wie beobachtet worden ist, haben die Franzosen von dem Lagerplatz die verschiedensten Gerätschaften zu der Seite „General Blumenthal“ III und IV geschafft, wo sie in den nächsten Tagen mit dem Abtransport von Kohlen und Koks beginnen wollen.

Der Widerstand der deutschen Arbeiter.

Die westfälischen Bergarbeiterverbände erlassen einen Aufruf, in dem es heißt:

„Uhrbergleute! Fast zehn Wochen seit der französischen Imperialismus und Militarismus seine Gewaltpolitik fortsetzt, aber unheilig, verharrt die Ruhmehörung im Uhrbergcamp. Mit allen Mitteln versuchen die Franzosen, diesen Widerstand zu brechen. Durch rosiges Versprechen soll die Arbeiterschaft eingefangen werden. Von verdeckt uns, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu bessern, die Arbeiterschaft nicht zu schwächen, Organisation, Versammlungen und Pressefreiheit unangetastet zu lassen, mit einem Wort: Herrliche Zeiten stellen die Franzosen den Arbeitern in Aussicht, wenn sie sich unterwerfen.

Was ist von diesen Versprechungen zu halten? Sie sind nur Quodiment des französischen Imperialismus und Militarismus, sind und bleiben arbeiterfeindlich. Der Bergarbeiterkrieg im Saarrevier ist der schlagendste Beweis dafür. Sechs Wochen stehen die Saarkameraden im Streit. Sie kämpfen um auskömmliche Löhne und menschenswürdige Behandlung. Die französische Regierung als Arbeitgeber aber lehnt jedes Entgegenkommen ab. Gegen die Streikenden wird Militär ausgetragen. So sieht es im Saarrevier aus!

Kameraden! Wie erst würde es uns ergehen, wenn Poincaré sein Ziel erreichen würde? Er wird es nicht erreichen!

In unserem Willen, gestützt auf unser Recht, muss die brutale Gewalt zerstören. Trotz Aufsicht rücksichtsloser Gewalt, trotz verschärfter Ausweisung und Tötung friedliebender Menschen blieb der französische Gewaltpolitik der Erfolg bisher versagt. Frankreich wird auch weiterhin keine Kohle und keinen Koks bekommen, und der Versuch, die Haldenbestände abzufahren, wird ein Misserfolg bleiben.

Kameraden! Wir bleiben fest im Abwehrkampf für Recht und Freiheit. Wir lassen uns nicht durch Zuckerbrot noch durch Peitsche vom französischen Militarismus und Imperialismus zur Tonaarbeit zwingen. Der Widerstand wird, wie bisher, mit Ruhe und Besonnenheit fortgesetzt werden, bis Frankreich von seiner brutalen Gewaltpolitik abschlägt.“

Stürmische Parlamentssitzungen.

Närrischen im deutschen Reichstag.

In der Sonnabendnachmittagsitzung des Deutschen Reichstages erhält Abgeordneter v. Graefe von der Deutschvölkischen Freiheitspartei das Wort zu einer Erklärung. In dieser erhebt er Einspruch gegen die Auflösung der Freiheitspartei durch den preußischen Minister Sebiring und erucht die Reichsregierung, gegen solche Vergewaltigungen Front zu machen. Von einem Kommunisten wird dem Redner in einem Brief Zeugnis vorgeworfen. Darauf antwortet v. Graefe: „Kommen Sie nur herauf, ich werde Ihnen zeigen, wer feige ist.“ Bei diesen Worten stürzt der kommunistische Abgeordnete Malchakow auf die Tribüne und will mit geballter Faust auf den Abgeordneten v. Graefe vorgehen. Zu der gleichen Zeit taucht auf der anderen Seite des Redners dessen Fraktionsfreund, Abg. Henning, auf, um dem Redner zu Hilfe zu eilen. Malchakow weicht daraufhin schnell zurück. Es kommt um den Abgeordneten Malchakow herum zu einem großen Getümmel, da andere Abgeordnete nachdrängen. Es gelingt aber dem Präfektur, das Durcheinander wieder Ordnung zu bringen. Der Abgeordnete v. Graefe appelliert darauf an das Haus, zum Protest gegen das Vorgehen Severings eine Vollstreckung abzuhalten.

Abg. Schulz (Deutschnational) teilt mit, dass seine Partei eine Interpellation an die Regierung wegen der Auflösung der Freiheitspartei gerichtet habe. Abg. Müller-Franken widerspricht dem Wunsche des Abg. v. Graefe und beantragt Verhandlung auf den 11. April d. J. Das Haus beschließt diesem Antrage entsprechend gegen die Stimmen der Deutschen Freiheitspartei, der Deutschen nationalen und einer Anzahl von Abgeordneten der Deutschen Volkspartei.

Schimpfereien und Ohrfeigen in der französischen Kammer.

In der Freitagssitzung des französischen Parlaments ließ sich Poincaré hinreissen, einen kommunistischen Abgeordneten öffentlich einen „abscheulichen Schuft“

Auf Verlangen von der statutenmäßig vorgeesehenen Anzahl von Mitgliedern wird eine außerordentliche Generalversammlung des Poznaner Provinzialvereins gegen die Wanderingbetelei auf Dienstag, den 10. April 1923, vormittags 11 Uhr im Starostwo Krajowe in Poznań hiermit angezeigt. Tagessordnung: 1. Wahlen von Vorstandsmitgliedern. 6307 2. Angelegenheit des Verkaufs von Lassli. 3. Freiherr von Massenbach, Vorstandsvorsteher.

Gemüse-Blumen-Gitterröhren-Gittermöhren-Gamen (16186) Gejüllte bunte Tüten (Abbildung) offeriert in bester Qualität billig! Fr. Hartmann, Oborniki, Scholz, Wituchowo, p. Kwilez (Poznań).

zu titulieren (un abominable crétin), und als sich darüber ein unbeschreiblicher Tumult erhob, hielt Poincaré die Verantwortung für diesen seinen Ausdruck voll aufrecht, weil ihm dieser Abgeordnete, der Rechtsanwalt Berthon, vorgeworfen hatte, Poincaré befände sich in den kleinen Daudels, und außerdem gebe es stark kompromittierende Aktenstücke, die dieser zu veröffentlichen sich wohlwollend weigerte. Der Vizepräsident Landry wünschte sich nicht anders zu helfen, als die Sitzung zu unterbrechen.

Nach ihrer Wiederaufnahme entstand ein neuer Streit darüber, weil Berthon seinerseits die Regierungsmitglieder auf das schwerste beleidigt haben sollte. Berthon: „Ich schwöre, daß ich kein Mitglied der Regierung habe beleidigt wollen.“ Von der rechten Seite jetzt wiederum ein ungeheuerlicher Tumult ein. Man wünscht, daß Berthon das Wort entzogen wird. Poincaré ist nicht anwesend. Der Kriegsminister Maginot vertheidigt ihn. Es entspint sich ein äußerst erregter Wortwechsel zwischen ihm und Berthon. Maginot schreit schließlich Berthon an: „Sie haben gelogen!“ Da springt der Kommunist Baillant-Couturier auf, um Maginot zu ohrenfeiern. Ein alter Saalbauer springt dazwischen und meint nicht, wie er zu dem heftigen Schlag ins Gesicht kommt, der Maginot gilt. Die Sitzung wird zum zweiten Male unterbrochen.

Dann endlich kann die Kammer an ihre Arbeit gehen, nämlich an die Debatte und die Bewilligung des von der Regierung verlangten weiteren Kredits von 4½ Milliarden Franken für die zwei weiteren Staatsdrittel und von 500 Millionen Franken außerordentliche Ausgaben. Der große Streit war darüber entstanden, daß Poincaré trotz des Drängens der Kommunisten sich geweigert hatte, schon heute die von ihm gewünschte Erklärung über die Aufrakta vor der Kammer abzugeben.

Die Kammer nahm die beiden Budgetwölfte für die Monate April und Mai an und genehmigte auch das provvisorische Budget-

zweite getötet wurde. Es handelt sich um einen Selbstmord. Der Selbstmörder ist der 17jährige Lehrling Elm, Sohn eines Eisenbahnbauers aus Grätz, der in dem früheren Dolszinschen Sägewerk in Grätz beschäftigt war und sich dort verschiedene Beschleunigungen hatte zuschulden kommen lassen.

Miljondówka. In der letzten Sitzung wurde das Post Nr. 4361 446 gezogen. Es war dem Postamt 2 in Warschau verfaßt worden.

X Schnell aufgeliert worden ist der große Schnittwaren-diebstahl in dem Drzewieckischen Schnittwarengeschäft in Koszalin, über den wir in der letzten Sonnabendausgabe kurz berichtet haben, und bei dem die Einbrecher eine Beute von 14 Millionen Mark gemacht hatten. Diese hatten die gestohlenen Stoffe auf einem Adler in der Nähe von Schwedens versteckt, und hier waren sie von einem Knechte beim Pflegen entdeckt worden. Das hatte wieder einen der Einbrecher, der sich in der Nähe des Fundorts aufgehalten hatte, beobachtet. Er hatte sich aber dadurch verdächtig gemacht, und so gelang es der Polizei, die drei Einbrecher festzunehmen. Es handelt sich um den 21jährigen Schlossergesellen Scigocki aus Schwedens, den 22jährigen Arbeiter Josef Pilla ebenda und den 22jährigen Tischler Franz Twardowski aus Koszalin. Alle drei wurden heut früh dem hiesigen Polizeigefängnis zugeführt.

X Der Eigentümer zweier Trauringe gesucht. Im Dezember 6. J. wurde auf dem eigenen Hauptbahnhof ein Schuhmacher Lukas entnommen, der sich auf dem Bahnhof versteckt und zwei neu ungewöhnliche Trauringe zum Kauf anbot. Er hatte, wie sich später herausstellte, in Brno gearbeitet. Der Eigentümer des Rings ist bisher noch nicht ermittelt; er kann sich bei der Kriminalpolizei in Posen melden.

* Birebaum, 25. März. Durch die Eröffnung des Bollamtes in Sterle wird der bisherige Bollweg Birebaum - Alt-Görlitz - Sterle für den Personen- und Warenverkehr außer für die Einwohner von Alt-Görlitz, Muchocin und Muchorin-Hauland gesperrt. Von jetzt ab müssen alle Personen den einen Weg Birebaum - Gorzyn - Sterle und umgekehrt benutzen.

p. Jarotschin, 26. März. (Privattelegr.) In Wiso-gotowo hiesigen Kreises wurden einem Landwirt zwei Pferde samt Geschirren und einem Kutschwagen gestohlen. Das eine Pferd ist eine vierjährige braune Stute, 1,57 Meter groß, am rechten Vorderbein befindet sich am Hals eine Wunde; das zweite Pferd ist eine jährlinge Füchse, 1,60 Meter groß; alle vier Beine sind an den Fesseln weiß, ebenso ist die Mähne weiß und der Schweif. Die Geschirre sind schwarze Adlerschirre, die Trensen sind neu, aus gelbem Leder. Der Kutschwagen ist schwarz lackiert und ruht auf vier Federn; der hintere Sitz ist niedriger als der vordere; der Wagen ist mit dunkelblauem Stoff ausgezogen. Die Schubblecke sind schwarz lackiert. Der Wert der Diebesbeute beträgt 7 Millionen Mark.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Bojen, 26. März.

Eine Staatsangehörigkeitsfrage.

Der polnische Innenminister hat sich veranlaßt gesehen, in einem Rundschreiben an die polnischen Konsulate und Botschaften daran zu erinnern, daß Polinnen, die Bürger der Vereinigten Staaten heiraten, nach amerikanischem Recht polnische Staatsangehörige bleiben. Ihre Personalausweise und Pässe werden ihnen daher nicht von den amerikanischen Konsulaten, sondern nach wie vor von den polnischen Dienststellen ausgeteilt. Da diese Verfügung den polnischen Botschaften größtenteils unbekannt war, wurden viele Polinnen, die zu ihren Männern nach Amerika reisen wollten, an die amerikanischen Konsulate verwiesen, die dafür gar nicht zuständig waren.

Osteropenden für die Altershilfe.

Auf die von uns veröffentlichte Bitte des Wohlfahrtsamtes hin, zum bevorstehenden Osterfest der alten Leute in den Heimen und Stiften zu gedenken, sind eine Reihe von Spenden eingegangen, die mit dankbarer Freude angenommen wurden. Körbe mit Eiern, Wurst, Speck und Apfeln, Pakete und Paketchen mit Gemüse, Brotobst, Mehl usw. zeigen das Bestreben der ländlichen Bevölkerung, nach Kräften bei der Lieferung zu helfen. Die Stärkefabrik Krochmalnia bei Tremeszen spendete 60 Pfund Stärkemehl. Besondere Nachförderung verdient das Beispiel des Jungfrauenvereins in Buschdorf, der 340 Eier, 16 Pfund Speck, 4½ Pfund Wurst, 2 Pfund Butter und 10 Pfund Mehl sammelte und dem Wohlfahrtsamt zusendete. Es wäre allen freudigen Gebern zu wünschen, daß sie Gelegenheit hätten, die dankbaren Gesichter der Beschenkten bei solcher freudigen Überraschung selbst zu sehen.

Marschall Piłsudski ist am Sonnabend um 7 Uhr 35 Min. auf dem Hauptbahnhof eingetroffen und von Vertretern der Generalität und der Behörden begrüßt worden. Nach der Begrüßung fuhr der Marschall weiter nach Biedrusko. Abends fand im Casino des 57. Infanterieregiments ein Banquet statt. Der Marschall ist bereits nach Warschau zurückgekehrt.

Großes Theater. Am Dienstag dieser Woche (dem 27. März) findet eine Vorstellung zu halben Preisen statt. Gegeben wird über dem Werk Wojciechowskis musikalischer Theater Tchaikowskis „Eugen Onegin“ mit Frau Gadomskaya, Burzina und den Herren Karpacki und Wolski in den Hauptrollen. Am Mittwoch (28. März) wird die „Wallfahrt“ wiederholt (musikalische Leitung: Dir. Sternich). Donnerstag, Freitag, Sonnabend finden keine Vorstellungen statt. Vorverkauf zu allen Vorstellungen in der Biarrenhandlung von Gorstki (Hotel Monopol). — Vom 1. April an werden im Großen Theater für alle Opernvorstellungen mit Ausnahme der Erstaufführungen Monatsabonnements auf allen Plätzen eingeführt. Die Abonnements werden nicht auf einen Namen ausgestellt und werden sowohl von der Theaterkasse als auch von der Vorverkaufsstelle in Gestalt von Blöcken ausgegeben: es gibt Blöcke mit zehn Scheinen (Preiserhöhung 20 Prozent), Blöcke mit zwanzig Scheinen (Preiserhöhung 30 Prozent) und Blöcke mit hundert Scheinen (Preiserhöhung 50 Prozent). Gegen Abgabe der Blöckscheine werden Theaterarten in jeder beliebigen Anzahl ausgegeben. Diese Blöcke dürfen sich besonders für Familien und Vereine empfehlen sowie für Bureau-, Kaufmännische und industrielle Betriebe, die auf diese Weise ihren Angestellten billigen Theaterbesuch ermöglichen. Alle anderen Preiserhöhungen werden nach Einführung der Blöcke aufgehoben.

X Aufgeklärt ist der Tod eines jungen Mannes, der, wie berichtet, in der vergangenen Woche hinter der Station Ovadentz kurz nach Mitternacht vom Eisenbahnuje überfahren und auf der

Handel, Gewerbe und Verkehr.

= Die Tätigkeit der Bank Kwilecki, Potocki i Sko. Die Hauptaufgabe der im Jahre 1870 gegründeten Bank Kwilecki-Potocki in Posen besteht im Handel mit Getreide, Samenreien, Getreideprodukten, ländlichem Dünger und allen anderen mit der Landwirtschaft verbundenen Produkten. Unabhängig davon wird das Bankgeschäft nach den neuesten Systemen geleitet. Die Bank besitzt seit vielen Jahren Zweigstellen in Danzig, Warschau, Hohenfelde, Thorn, Ostrowo, Polen; letztere ist auch in Katowitz eine Niederlassung gegründet worden. In denjenigen Städten, wo Niederlassungen existieren, sind auch märkte Tiefspeicher vorhanden. In vielen Städten besitzt die Bank Fachagenten, die Getreidemengen unmittelbar von den Prodzenten kaufen.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörsche vom 26. März 1923.

(Ohne Gewähr.)	
(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)	
Weizen	175 000—195 000
Roggen	97 000—105 000
Braunerste	89 000—98 000
Hafet	111 000—116 000
Weizengehl	285 000—310 000
Roggenmehl	180 000—190 000
(inkl. Säke)	46 000
Roggenkleie	44 000
Widen	125 000—145 000
Selderßen	110 000—130 000
Viktoriaßen	160 000—180 000
Beluschen	130 000—150 000
Serradella	200 000—260 000
Buchweizen	110 000—120 000
Blaue Lupinen	90 000—130 000
Gelbe Lupinen	90 000—130 000
Fabrikkartoffeln	8 000—8 500

Märktuation im allgemeinen unverändert. — Tendenz: fest.

Danziger Mittagskurse vom 26. März.

Die polnische Mark in Danzig ... 47 ½—48
Der Dollar in Danzig 20 750—21 250

Warschauer Börse vom 24. März.

Devisen:
Belgien 2550—2500 Prag 1340—1330
Berlin 2.11—2.07 Schweiz 8175—8100
Danzig 2.10—2.07 Wien 63
London 21000—199750 Italien 2150
Neuworf. 43 000—44 000—42 500 Holland 17 400
Paris 2945—2938

Hauptredaktion: Dr. Wilhelm Soewenthal.
Verantwortlich für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Soewenthal; für den übrigen politischen Teil sowie für Handel und Wirtschaftszeitung: Dr. Max Klemmer; für Polen- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrecht-Smever; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Soewenthal; für den Angelagenten: W. Grundmann. — Druck und Vertrieb der Polener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Smitth in Posen.

Wirtschafts-Inspektor,

34 J. alt. verh., 1 Kind, der polnischen Sprache vollständig, sucht zum 1. 7. 1923 Dauerstellung auf großem Gute. Zeitige Tätigkeit in groß. hochintensiver Wirtschaft. Sehr gute Zeugen vorh. 16285
Gef. Angeb. unter 1890 an Geschäftsst. d. Blates erbettet.

Suche ab 1. April 1923

Stellung
als Beamter oder Assistent
(4jährige Praxis). — Offerten unter H. J. B. 6305 an die Geschäftsstelle dieses Blattes

Die Verlobung meiner Tochter
Hildegard Gregor, Tochter des
verstorbenen Majors Herrn Richard
Gregor und seiner ebenfalls ver-
storbenen Gemahlin Elfrida geb.
Wiczynski, mit dem Dikar Herrn
Johannes Walter
beehre ich mich anzuseigen.
Felix Wiczynski,
Rittergutsbesitzer u. Hauptmann a. D.
Gnusyn, Kreis Samter,
im März 1923.

Meine Verlobung mit
Fräulein
Hildegard Gregor
zeige ich hierdurch ganz
ergebenst an.
Johannes Walter,
Dikar.
Milostowo, Kr. Birnbaum,

Hans Markowski
und
Frau Elisabeth
geb. Schäfer
vermählte
Poznań, 23. März 1923.

Gebrauchtes, sehr gut
erhaltenes
Fahrrad
(Freilauf)
zu kaufen gesucht. Ange-
bote mit Preis um 6298 an
d. Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Original Deering
Getreidemäher
(amerikanisches Fabrikat) [6267]
Grasmäher 4½ Fuß
Original Mc. Cormick
angebotet ab Poznań, solange Vorrat reicht.
Woldemar Günter,
Landwirtschaft. Maschinen und Bedarfsartikel,
Fette und Oele,
Poznań, ul. Mlejnyśkiego 6. Tel. 52-25.

Eckert Lanz
haben sich jahrzehntelang
bewährt!
Sie sind unübertroffen,
beliebt und bevorzugt in
allen Teilen der Welt!

Ich biete zur sofortigen Lieferung, so weit Vorrat reicht,
ab Lager Poznań zu
ganz besonders günstigen —
Preisen an: [6277]
Original Siedersleben Drillmaschinen „Saxonia“
Original Dehne Drillmaschinen „Simplex“
3 m breit mit 25 Reihen.
Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28. Tel. 2480.

Ich habe abzugeben:
1 Lokomobile Epple & Buxbaum, 11,96 qm Heizfläche,
7 Atm., Baujahr 1897.
1 Lokomobile Gareth Smith, 14,67 qm. Heizfläche, 7 Atm.
1 Tropf presse mit Doppelschnecke,
gebraucht, aber sehr gut erhalten.
Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28. Tel. 2480.

Basebalg, doppelt wirkend,
Lochplatte, 550, 550, 110 mm,
ca. 175 kg schwer,

Lochstanze,
3 gusseiserne Säulen, 2,50 m lang,
106 mm Durchm.
habe ich preiswert abzugeben.
Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28. Tel. 2480.

Stod-Motorpsflug
mit Vor- und Rückwärtsgang, motorische Tiefenstellung
durchrepariert, betriebsfähig, günstig lieferbar.
Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28. Tel. 2480.

Schafwolle!

Tausche für 3½ Pfund Schafwolle
5 Pakete prima Strickwolle.

Kause sämtl. Sorten Felle
zu höchsten Tagespreisen.

Fell- und Wollhandlung,
Poznań, sw. Marcin 34, seit 20 Jahren einfluss-

Die für nächsten Freitag bestimmten
Anzeigen
bitte uns, da an dem Tage unsere Zeitung
nicht erscheint, schon Donnerstag, spätestens
bis Mittag einzusenden.
Posener Tageblatt.

Fischereiverpachtung.

Die zur Herrschaft Runowo gehörigen, um Orwierszno (Dreidorf), Kreis Wirsitz gelegenen Seen, und zwar
Großer Stryjewosee, ca. 695 Morgen,
Epitalsee, ca. 40 Morgen,
Røthesee, ca. 85 Morgen,
Großer Schwarzsee, ca. 20 Morgen,
Kleiner Schwarzsee, ca. 10 Morgen,
Gniikersee, ca. 9 Morgen,
sollen vom 1. April 1923 ab auf 12 Jahre neu ver-
pachtet werden. Bewerber für diese Fischereipacht wollen
ihr Angebot in Rentner Rechten schriftlich bis zum 4. April
d. J. an das Rentamt in Runowo einreichen, woselbst auch
die Pachtbedingungen einzusehen sind.

Rentamt Runowo, pow. Byczyn.

Flüchtlinge aus Polen,
welche bestmöglich, sich in Deutschland anzulaufen, wenden
sich sofort an
Otto Steffens, Itzehoe i. Holstein.

Telephon 600.

Habe erstklassige Landbesitz, Gastwirtschaften mit und ohne
Land, Geschäftshäuser, Villen, Wohnhäuser preiswert zu ver-
taufen. Sämtliche Grundstücke sind sofort beziehbar.

Baumschulenbesitz von 37 Morgen,
im Vorortverkehr mit Hamburg, 13 Morgen Weiden, 2 Pferde,
2 Kühe, Schweine, Hühner, 5 Wagen, kompl. totes Inventar,
prima Gebäude, alles in erstklassigem Zustand.
Preis 45 000 000 me.

Näheres [6311]
Otto Steffens, Itzehoe i. Holstein.

Telephon 600.

Wirtschaft

massive Gebäude, sofort oder spätestens
1. Mai beziehbar in einigen Morgen Land
gegen Kasse sofort zu kaufen gesucht.
Beverzugt Gegend Lissa, Bentschen, Mię-
dzichód, oder auch andere grössere Provinz-
städte. Ausführliche Angebote an

J. Marezyński, Poznań, Plac Wolności 11.

Weizen (Hildebrands Sommerweizen), (6287)
v. Stiegler's Sommerweizen)

Gerste (Hildebrands Hanna, v. Stiegler's Käfer, Heines
Hanna, Svalöfs Hannchen, Svalöfs Swanhalz)

Häser (v. Stiegler's Duppauer, Svalöfs Sieges-
v. Lochnows Peißauer Gelb.)

Erbse (Hildebrands grüne Victoria, gelbe Victoria,
Gernheimer grüne Folger)

Zuterrübensamen (Gelbe Edendorfer)

Uspulum und Zornialin (zum Beizen
von Saatgut)
hat abzugeben

Posener Saalbaugesellschaft
Poznań, Wjazdowa 3.

Zur Frühjahrsaat

biete durch die Wielkopolska Izba Rolnicza
anerkanntes Saatgut an:

Original Hildebrand's Hanna-Gerste

" " Grannen Sommerweizen

" " gelbe Victoria-Erbse

" " grüne Victoria-Erbse

Bestellungen an die Posener Saalbaugesellschaft,
Poznań, ul. Wjazdowa 3, erbeten.

C. Hildebrand-Kleszczewo
b. Koszalin, Bz. Poznań. (6187)

Zirka 10 Waggons kies. Brennholz
findet frei Neutrommel, malz und Sierakow
sofort abzugeben. — Gef. Angebote um 6297 an die
Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Teatr Pałacowy

Plac Wolności 6.

Vom 22. bis 28. März:

Der Todeskandidat

III. und letzte Serie unseres allgemeine Bewunderung
herrschenden Film-Meisterwerks

Zwei Mädchen von Paris.

Beginn der Vorstellungen: 4½, 6½ und 8½ Uhr.

KINO COLOSSEUM

sw. Marcin 65.

Vom 26. März bis 1. April

Die geheimnisvolle Zwölfe

Gewaltiges Detektiv- und Sensationsdrama in
6 Akten mit Bob Hill in der Hauptrolle.

Achtung! ab Harry Peel!

General - Versammlung.

Auf Anordnung des Sąd Powiatowy
R. H. B. 517/8 berufe ich eine außerordentliche Generalversammlung der HAFZA
Tow. Akc. w Poznaniu auf Freitag, den
13. April d. J., nachmittags 2 Uhr im
Ratskeller zu Poznań, Stary Rynek.

Tagesordnung:

1. Streitigkeiten des Aussichtsrates mit dem Vorstande,
2. Wahlen.

Aktionäre, die ihr Stimmrecht ausüben
wollen, müssen ihre Aktien bei der Polski
Bank Handlowy Poznań, Stary Rynek
oder der Diskonto-Gesellschaft Poznań,
ul. Nowa oder bei einem Notar hinterlegen
und die Hinterlegungsscheine, ebenso evtl. Voll-
machten an den Vorsitzenden Herrn Apotheker
Dalski, Poznań, Stary Rynek, bis zum
11. April einsenden. Spätere Einsendungen
werden zurückgewiesen.

F. Bock.

ERSATZTEILE

zu landwirtschaftlichen Maschinen
Fabrikat „Mayfarth“,
zu Nähmaschinen versch. Systeme,
u. a. „Noxon“, „Walter A. Wood“
liefern ab Lager

ZELAZOŁOM vorm. H. Liebes T. z
Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego 1. Tel. 31-05.

Rauchwaren-Verkauf.

Am Donnerstag, dem 5. April 1923,
werden in der Kanzlei des unterfertigten Amtes meist
bietet gegen Bezahlung versteigert:

13 Stück Fuchsbalge, [6309]

3 " Baumwoldebälge,

3 " Sauschwarten,

1 " Dachschwarte,

1 " Rotwilddecke,

10 " Rehdecken.

Fürstl. Thurn u. Taxis'sches Forstamt.

600 Stück Farbbänder

kop. u. nichtkop., verschiedene Breiten,

7000 Blatt Kohlepapier

schwarz und violett (42×52),

welt unt. Preis sofort abzugeben.

Willy Herold, Herzberg (Elster).

Treibriemen

Leder, Kammelhaar, Hanf

Sander & Brathulin

Hanf- u. Draht-Seile

Roman ul. Sejewna Mielżyńskiego 23. Tel. 4019